

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Extraunterstützung an Ausgesteuerte.

Aus der Abhandlung des Hauptvorstandes über die Arbeitslosigkeit in No. 49 der »Gr. Pr.« ist zu ersehen, daß unsere Organisation in einem halben Jahre an außerordentlicher Arbeitslosenunterstützung annähernd 30000 Mark ausgezahlt hat. Der Verband hat über seine statistischen Verpflichtungen hinaus allen arbeitslosen Mitgliedern, die zur Stellung von Ansprüchen auf Arbeitslosenunterstützung nach dem Statut nicht mehr berechtigt waren, von der dritten Woche nach der Aussteuerung an laufende Extraunterstützungen gewährt. Er hat damit bewiesen, daß er nicht nur satzungsgemäße, sondern auch allgemein menschliche Pflichten kennt und erfüllt. Die moralische Pflicht zur Unterstützung der Arbeitslosen hätte die Gesellschaft, der Staat. Denn die kapitalistische Produktionsweise, die dem Gegenwartsstaat das Gepräge gibt, ist Schuld an den Krisen und ihren verheerenden Folgeerscheinungen, unter denen die Massenarbeitslosigkeit die schlimmste ist. Dieser moralischen Pflicht, selbstverschuldetes Elend zu mildern, werden aber Gesellschaft und Staat in keiner Weise gerecht. Sie lassen sich durch die verhassten Arbeiterorganisationen beschämen, deren Mitglieder solidarisch die unverschuldeten Lasten tragen, die der Kapitalismus der Arbeiterklasse auferlegt. Einen Beweis für diese Solidarität liefert neben der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen besonders die von unserm Verband gezahlte Extraunterstützung an die Ausgesteuerten.

Diese Unterstützung hat der Verband aus seiner Gewerkschaftskasse bezahlt, da die allgemeine Unterstützungskasse, die erklärlicherweise in der Zeit der Krise neben der ordentlichen Arbeitslosenunterstützung auch durch die Krankenunterstützung stärker belastet wird als sonst, eine weitere Belastung gegenwärtig nicht tragen kann. Die Gewerkschaftskasse ist aber in erster Linie für Kampfzwecke bestimmt; ihre Mittel dienen der Ermöglichung und erfolgreichen Führung des zur Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur weiteren Hebung unserer Berufsverhältnisse unumgänglich notwendigen gewerkschaftlichen Kampfes. Die als Extraunterstützung ausgezahlten 30000 Mark wurden diesen Kampfzwecken entzogen. Da ein Ende der Krise noch nicht abzusehen ist, da dem Gewerbe durch die Steuerpläne der Regierung weitere schwere Erschütterungen drohen, da die Arbeitslosigkeit und damit die Unterstützungssumme noch ständig steigt, kann man darauf gefaßt sein, daß die der Gewerkschaftskasse entzogenen Summen für Extraunterstützung nach einem weiteren halben Jahre den Gesamtbetrag von 80000 bis 100000 fast erreicht haben werden. Daß der Verband eine derartige Schwächung seines Kampffonds angesichts der fortwährenden Rüstungen unserer Gegner vor sich und seinen Mitgliedern dauernd nicht verantworten kann, muß jedem Einsichtigen klar sein.

Ebenso ausgeschlossen wie die dauernde Schwächung unserer Gewerkschaftskasse muß aber für jedes Mitglied, das die Schrecken der Arbeitslosigkeit für den Einzelnen und für das ganze Gewerbe kennt, die Aufhebung der Extraunterstützung an Ausgesteuerte sein. Wir dürfen unseren darbenenden Brüdern nicht die letzte Quelle verstopfen, die ihnen nach der Aussteuerung noch fließt. Wir dürfen uns selbst nicht die rettende Planke vernichten, die uns, wenn wir persönlich von wochen- und monatelanger Arbeitslosigkeit betroffen werden, noch einigermaßen über Wasser hält. Wir dürfen

aber endlich auch unser Gewerbe nicht dem ungeheuren Lohndruck preisgeben, der eintreten müßte, wenn wir unsere Ausgesteuerten auch der letzten Unterstützung berauben und damit zum Verkauf ihrer Arbeitskraft um jeden Preis zwingen. Darunter würde die gesamte Kollegschaft schwer zu leiden haben, und mancher, der jetzt noch Lebensstellung zu haben glaubt und vielleicht für seine arbeitslosen Brüder nichts übrig hat, würde durch eine billigere Kraft ersetzt und damit selbst der Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken überantwortet werden. Von einer Streichung der Extraunterstützung kann also bei jedem Einsichtigen keine Rede sein.

Die Gründe, die für die Fortdauer der Extraunterstützung sprechen, haben ja auch erst ihre Einführung veranlaßt. Man konnte sich ihnen nicht mehr verschließen und mußte ihnen Rechnung tragen. Noch bevor der Verband die Frage zentral regelte, haben eine Reihe von Mitgliedschaften die lokale Regelung durchgeführt. So erhob z. B. die Berliner Lithographenfiliale 20 Wochen hindurch zur Unterstützung der Ausgesteuerten einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pf. Da der Wochenbeitrag in dieser Filiale mit dem Beitrag für die Lokalkasse schon seit der Verschmelzung 1,30 Mk. beträgt, haben ihre Mitglieder während der 20 Wochen einen Gesamtbeitrag von 1,50 Mk. wöchentlich bezahlt! In ähnlicher Weise haben fast alle anderen Berliner Filialen und die Mitgliedschaften mehrerer anderer Orte Beschlüsse gefaßt und durchgeführt. Was an einzelnen Plätzen möglich war, sollte auch allgemein durchzuführen sein! Wenn nicht 20, so sollten doch 10 Pf. wöchentlich als Extrasteuer zur weiteren Extraunterstützung an unsere darbenenden und notleidenden ausgesteuerten Brüder von jedem Kollegen gezahlt werden können. Dadurch würde der Verband ohne jede Schwächung des gewerkschaftlichen Kampffonds die Einrichtung der Extraunterstützung an Ausgesteuerte zu erhalten vermögen, dem Einzelnen und der Gesamtheit zum Segen.

Ortsberichte.

Dresden. Am 5. Dezember fand hier eine äußerst wichtige, von ca. 1000 Personen, darunter vielen Frauen, besuchte Protestversammlung gegen die geplante Tabak- und Plakatsteuer statt, die vom Tabakarbeiterverband und unserer Organisation einberufen war. Zunächst schilderte der Hauptvorsitzende der Tabakarbeiter, Genosse Arnold-Hamburg, eingehend die Mißwirtschaft in der Finanzpolitik des Reiches und die unerhörte Steuermacherei der letzten Jahre. Sodann beleuchtete Kollege Leinen in treffenden Ausführungen die schädlichen Folgen, die die Tabak- und Plakatsteuer für unser Gewerbe und seine Angehörigen haben müsse. Diese Folgen machen sich schon jetzt bemerkbar, wie die Einschränkungen der Produktion in Bautzen und Hanau beweisen. Wir müssen immer und immer wieder ganz entschieden Front machen gegen derartige Steuerprojekte, die geeignet sind, blühende Industrien zu erdrosseln. Hierauf geißelte Tabakarbeiter Schmidt in scharfen Worten die Petitionsmacherei der hiesigen Zigarettenfabrikanten auf Kosten der Arbeiter. Eine Resolution die sich dagegen wendet, wurde einstimmig angenommen. Ferner fand folgende Resolution einstimmige Annahme: »Die heute in der Tonhalle versammelten Angehörigen des Tabakgewerbes, sowie der Lithographie und des Steindruckgewerbes, protestieren mit aller Entschiedenheit gegen jede höhere Belastung der Tabakindustrie, gleichviel, in welcher Form sie immer geplant sein möge, wie auch gegen die geplante Steuer auf Anklindigungen (Plakatsteuer). — Diese Steuern sind geeignet, den immer schwieriger werdenden Existenzkampf der Arbeiter noch schwieriger zu gestalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Steuern verteuern auf die Tabakfabrikate und auf die Plakatindustrie einwirken müssen, und daß erstens die Verteuerung der Produkte einen bedeutenden Konsumrückgang herbeiführen, zweitens aber die höheren Kosten der Produktion am Arbeitslohn gekürzt werden. Die Folgen davon sind Arbeitslosigkeit in erschreckendem Umfange und Herabsetzung der jetzt schon knappen Arbeitslöhne. Die Versammlung sieht in diesen Steuervorlagen einen Bruch des von der

Regierung gegebenen Versprechens, »nur die tragfähigen Schultern zu belasten«. — Sie erhebt scharfen Einspruch dagegen und erwartet von der Steuerberatungskommission ebenso wie vom Reichstage selbst die Verwerfung dieser arbeiterschädigenden Steuervorlagen.« Mit der Mahnung, stets fest und treu zu den Organisationen zu stehen, wurde hierauf die imposante Versammlung geschlossen.

Hanau. In der Protestversammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen gegen die Tabak- und Anzeigensteuer referierten der Vorsitzende unserer Zahlstelle Kollege Rasch und der Vorsitzende der Tabakarbeiter K. Gräbener. Kollege Rasch behandelte eingehend die Schädigungen der Steuerprojekte für unser Gewerbe und betonte, daß mit aller Macht dagegen Stellung zu nehmen sei und alle Kollegen anderer Produktionsorte aufgefordert werden müßten, dasselbe zu tun. Genosse Gräbener schilderte darauf die Entwicklung der Tabakindustrie und ihre Niederdrückung durch die hohe Belastung des Tabaks, welche immer auf die Arbeiter abgewälzt worden sei. Das zeige sich schon daraus, daß vor 20 bis 25 Jahren die Tabakarbeiter zu den bestbezahlten Arbeitern gehört haben, während jetzt der Durchschnittsverdienst 12 bis 15 Mk. beträgt. Folgende Resolution, die an die Reichstagskommission und an den Abgeordneten des Kreises gesandt werden soll (andere Städte werden aufgefordert, in derselben Weise zu verfahren), wurde einstimmig angenommen: »Die vom Deutschen Senefelder-Bund erbrufene, heute im Saalbau zu Hanau, Mühlstr. 2, tagende, gutbesuchte Versammlung aller im Lithographie- und in den Orten Hanau, Klein- und Großsteinheim beschäftigten Personen erblickt in der geplanten Zigarren-Banderole- und Anzeigensteuer eine sehr schwere Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen und für einen großen Teil der Existenzgehörigen die vollständige Vernichtung ihrer Existenz. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß durch die noch höhere Besteuerung des Tabaks, der Zigarren und Zigaretten, an der Verpackung dieser Fabrikate sehr viel gespart und auf die Etikettierung fast ganz verzichtet wird, namentlich die billigen Sorten genannter Fabrikate, für die seither die meisten Packungen benötigt wurden, werden in Zukunft, um sie einigermaßen preiswert auf den Markt bringen zu können, ohne die Etikettierung zum Verkauf gebracht werden. — Die Besteuerung der Plakate, wie sie durch die Anzeigensteuer erfolgen soll, wird nicht nur die quantitative Einschränkung des Reklamewesens zur Folge haben, sondern wird auch die künstlerische Qualität der Plakate ganz bedeutend herabmindern. Dadurch wird ein großer Teil des graphischen Kunstgewerbes überflüssig gemacht, weil seine Produkte auf dem Inlandsmarkt nicht mehr begehrt sind. Aber auch die Ausfuhr, auf die jetzt schon Zweidrittel des ganzen Gewerbes angewiesen sind, ist durch die ungünstigen Handelsverträge und die stiefmütterliche Behandlung der graphischen Industrie beim Abschluß derselben furchbar erschwert. Schon jetzt haben wir eine kolossale Arbeitslosigkeit in unserem Berufe zu verzeichnen. Durch die geplanten Steuern wird dieselbe noch ganz bedeutend an Umfang zunehmen. Das Schlimmste aber ist, daß es sich um die Brotlosmachung vieler Tausender gelernter Arbeiter, die eine langjährige Lehrzeit und zum Teil sogar Kunstgewerbeschulbildung durchgemacht haben, handelt, für die aber gar keine Aussicht besteht, in irgend einem anderen Beruf unterzukommen. Die Versammelten erwarten deshalb die Ablehnung der ihrer Existenz vernichtenden, sowie aller anderen indirekten Steuervorlagen und verlangen die Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer unter Freilassung eines Existenzminimums von 1500 Mk.«

Leipzig. Am 2. Dezember beschäftigte sich die Leipziger Kollegschaft in einer kombinierten Versammlung mit den Leitsätzen der errichteten Lokalkasse. Kollege Pfeiffer führte aus, daß bei einem Wochenbeitrag von 10 Pf. ungefähr 10000 Mk. pro Jahr geleistet würden. Diese Summe müsse aber als ungenügend bezeichnet werden, um laufende Unterstützungen gewähren zu können. Wollte man dieses tun, so würde der Unterstützungsbetrag lächerlich gering sein. Es sei darum zweckmäßiger, Unterstützung nur in Notfällen, hervorgerufen durch längere Arbeitslosigkeit oder Krankheit, nach Erschöpfung der statistischen Rechte zu gewähren. Die Höhe der Unterstützung soll von Fall zu Fall festgesetzt werden und sich nach den vorhandenen Mitteln richten. Der Beitrag wird als Zuschlag zur Verbandsmarke erhoben; die Sammellisten sollen wegfallen und auch die nächstjährige Weihnachtsunterstützung aus diesem Fonds gewährt werden. Die Lokalkasse ist ein Bestandteil der Verbands-einrichtungen und unterliegt der vierteljährlichen Revision und Berichterstattung. Diesem Vorschlag stimmte die Versammlung zu und beschloß außerdem noch, daß etwaige Restanten ab 15. Februar 1909 nur noch Marken zu 1,30 Mk. erhalten können. Unterstützungen aus der Lokalkasse werden erst vom 1. April 1909 ab gewährt. — Sodann sprach Kollege Risch über die Leipziger Resolution und die »Gr. Presse«. Er rekapituliert die Ansichten, die zur Stellungnahme der Leipziger Mitgliedschaft

über die Haltung der Graph. Presse in Sachen der Budgetbewilligung und der Erklärung der 66 Delegierten führten. Dieser Meinungsäußerung sei das obligate Redaktionschwänchen und ein Artikel des Kollegen Schnetter auf dem Fuße gefolgt. Wenn man auch anerkennen müsse, daß hier seitens des Kollegen Schnetter ein Ausfluß von Korpsgeist in Erscheinung trete, so könne man sich doch unmöglich mit dem Inhalt abfinden. Beide Kollegen stellen sich auf den Standpunkt, daß ein Einspruch in die Haltung der Presse eine Beschränkung der Meinungsfreiheit sei. Dies wolle aber niemand. Die Presse solle eben so gehalten sein, daß eine Verwässerung unserer Prinzipien nicht herausgelesen werden könne. Mehr wolle die Resolution nicht, und das Recht der Kritik läßt sich die Leipziger Mitgliedschaft durch niemand verkümmern. In der ausgedehnten Diskussion vertrat Kollege Schnetter wiederholt seinen Standpunkt. Eine von ihm eingebrachte Resolution fand indessen keine Zustimmung. Die Versammlung stellte sich vielmehr auf den Standpunkt, daß für sie keine Veranlassung vorliege, ihre frühere Entschlebung zu revidieren. — Ferner berichtete Kollege Heibst über die Differenzen in der Postkartenindustrie. Der Kampf sei eine Abwehrbewegung, in deren Verlauf wir außergewöhnliche Mittel ergreifen mußten. Nachdem es, unterstützt durch den unerhörten Lohndruck, gelungen war, die Privatlithographie R. Kluge vollständig brachzuliegen, tut der Schutzverband so, als ob die spontane Arbeitsniederlegung der nicht ausgesperrten Lithographen ein beispielloses Verbrechen sei. Wie aber dabei mit zweierlei Maß gemessen wird, zeigt die Kontraktbrecherei von Mitgliedern des Schutzverbandes. Dafür nur ein Beispiel, das ausgerechnet Herr Kluge selber gab; wir haben noch nicht gehört, daß es nur irgendwie mißbilligt worden sei. So warf Kluge einen Lehrling hinaus und äußerte zu dessen Vater, daß er jeden von den andern sechs auch erlernen würde, der pro Woche nicht für 25—30 Mk. Arbeit liefere! So behandeln Mitglieder des Schutzverbandes junge Leute, die durch Lehrvertrag willen- und wehrlos gemacht sind. Dieses Beispiel allein zeigt die Ausbeutungsmaximen gewisser Unternehmer in markantester Weise. Daß sich gerade solche der liebevollsten Fürsorge des Schutzverbandes erfreuen, ist für die Beurteilung des wahren Wesens jenes Gebildes sehr bezeichnend. Doch auch abgesehen davon bieten die Tatsachen noch manches Interesse. Herr Kluge hatte die Freundlichkeit, bei den letzten Verhandlungen mit dem Schutzverband eine Liste über die Höhe des Verdienstes unter den neuen Lohnsätzen vorzulegen. Davon besitzen wir eine Abschrift. Der Durchschnittslohn würde sich auf Mk. 25,20 stellen. Gehten die es mit wenig Ausnahmen in dieser Sparte zu einer hexenmäßigen Fertigkeit gebracht haben, können also das von den Lehrlingen verlangte Arbeitspensum gar nicht bewältigen! Als nun Kluge keine Ausbeutungsobjekte mehr hatte und trotz N.-V. und gelben Annoncen sich auch niemand fand, durchwanderte er die Oefelnde nach Rausreißern und ließ auch seine Rubelrollen. Zur Ehre eines Teils der Privatlithographen muß dabei gesagt werden, daß sie dem Versucher die Türe wiesen oder sich nach erfolgter Aufklärung von ihm wandten. Dabei zahlt Herr Kluge seinen Helfershelfern 50 Prozent mehr für die Karte, als er seinen Arbeitern zahlen wollte. Er gibt noch 15 1/2 Prozent Aufschlag auf die alten Preise. Aber nicht alle sind so aufricht. Um jedoch die mit solchen Rausreißern schwebenden Verhandlungen nicht zu stören, kann vorläufig über die Dinge nichts gesagt werden. Einige schwache Seelen ließen sich aber betören, und wir stehen vor der unangenehmen Tatsache, einige Ausschüsse vornehmen zu müssen. Von den Streikenden Paul Oswald und Max Spiegel haben wir die Gewißheit, daß sie bestreikte Arbeit verrichteten. Gegen erstere wurde bereits Strafanzeige erstattet. Ueber weitere vier Mann sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Auch der von C. (I. Röder) entlassene Lithograph Erich Bierfimpfel wurde über Streikarbeit betroffen. Zu infamen Handlungen ließen sich außerdem einige Nichtmitglieder verleiten, über die noch berichtet wird. Der Bericht wäre indessen nicht vollständig, wollten wir nicht des Zwischenmeisters Gg. Klein Kauf gedenken. Sein Kunststall ist zur Herberge geworden. Vergangenen Sonnabend waren seine Getreuen auf schmalen Sold gesetzt, da ihrem Herrn und Meister von einigen Lithographen eine rückständige Lohnsumme aus dem Jahre 1899 endlich bei der Firma C. G. Röder gefordert werden konnte. Eine Anzahl anderer hoffen auf diese Art ebenfalls zu ihrem Gelde zu kommen. Die Arbeitswilligen Hoffmann, Lang, F. Günther, G. Hennig und Th. Heyde sollen lange Gesichter gemacht haben. — Bei O. Hartisch Nachf. hat sich zu den Umgefallenen noch ein Jüngling Meurer gesellt. Mögen nun diese Gentlemen ihr Gewerbe auch weiter betreiben, zu ersetzen sind dadurch die Ausgesperrten und Streikenden nicht. Wir können nur beklagen, daß Arbeiter sich so korrumpieren lassen und gegen ihre eigenen Interessen wüten. Auf die Dauer kann aber die Nährmutter der Sache, die Welfirma C. G. Röder, mit der jetzigen Qualität der Arbeit das Feld nicht behaupten. Den Zuständen in der Postkartenlithographie wird und muß aber mit allen Kräften zu Leibe gegangen werden. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die heute am 3. Dezember stattfindende allgemeine Versamm-

lung erklärt sich mit den Maßnahmen der Verwaltung zu den Differenzen bei Kluge einverstanden. Sie erklärt ihre volle Sympathie für die Streikenden und Ausgesperrten und ermuntert dieselben, in dem aufgewungenen Kampfe auszuhalten im Interesse unseres Berufes.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Leipzig-N.

Die Letzten.

Unter den Angehörigen eines jeden Berufes gibt es solche, die sich ihrer sozialen Lage noch nicht bewußt geworden sind. Man weiß, daß alle Gewerkschaften dieses Uebel beklagen. Ein Uebel ist es! Diese Reste von unaufgeklärten Köpfen, die in verschiedenen Berufen noch sehr groß sind, sind Hemmnisse im Wege zur Einigung der gesamten Arbeiterschaft.

Je kleiner die Schar der unorganisierten Arbeiter wird, um so mehr erkennt man die riesige Agitationsarbeit, die die Organisationen zu leisten haben, um eine geschlossene Arbeiterfront zu schaffen. Man findet aber auch die Gründe, die die Arbeiter, die noch außerhalb der Front schwirren, veranlassen, ihren Berufsgenossen nicht die Hand zu reichen zum gemeinsamen Kampfe ums Dasein. Da ist z. B. der eine zu arm, um den Beitrag zahlen zu können. Bei näherem Zusehen erkennt man aber, daß er bloß im Statut Punkte gefunden hat, die seine Spezialinteressen: Heimarbeitsrecht, recht zahlreiche Ueberstunden, Akkordarbeit usw. als verwerflich bezeichnen. Wieder andere halten die organisierten Kollegen nicht fein genug. Organisiert sein könnte ihnen gesellschaftlichen Schaden bringen. Dabei ergibt sich, daß diese »Kollegen« glauben, dem Chef einen Gefallen zu tun, wenn sie sich nicht organisieren. Dieser Wunsch, lieb Kind beim Prinzipal zu sein, ist ganz besonders bei Leuten zu spüren, die glauben, sie seien gebildet. Man findet aber gar bald, daß man bei diesen »Gebildeten« einen besseren Anzug und zierliche Sprache schon mit Bildung bezeichnet. Sagte doch einmal ein solcher »gebildeter« Arbeiter im Ernste zu uns:

»Wer keine Handschuhe zum Sommerüberzieher trägt, ist in den meisten Fällen ein Sozialdemokrat.« Als solche bezeichnete dieser Mann nämlich alle »ungebildeten« Arbeiter. Wir führen diese Kuriosität nur an, um zu beweisen, wie weit diese »gebildeten« Arbeiter noch in der geistigen Entwicklung zurückstehen. Dieser angeführte Fall steht durchaus nicht vereinzelt da. Dann gibt es unter den Gegnern unserer Gewerkschaften Leute, die, trotzdem sie zur werktätigen Bevölkerung gehören, sich gar nicht klar darüber sind, daß sie gegen die wirtschaftlichen Misere in der Front der organisierten Arbeiter besser geschützt sind, als wenn sie als einzelne außerhalb stehen. Als einzelne müssen sie die ganze Wucht der Krisenperioden über sich ergehen lassen. Dann klagt sie: »Für die organisierten Kollegen wird gesorgt, für uns nicht!« Macht man nun diese Leute aufmerksam auf die Schutzmaßregeln, die die Verbände getroffen haben, so schielen sie nach oben und sagen: »Ja, dann könnt ich schließlich gar keine Stelle mehr bekommen, denn die organisierten Kollegen fliegen immer zuerst raus.« Hier sieht man, daß in den unorganisierten Kreisen die Unternehmerwillkür auch erkannt wird, und doch rutschen noch viele Arbeiter vor dem sogenannten »Arbeitgeber« auf dem Bauche. Daß dieses Gebahren vollständiges Versklavtsein, ein Negieren jeder Bildung bedeutet, wissen diese Kollegen natürlich nicht. Mit solcher Deutlichkeit begründen nun nicht alle ihre Gegnerschaft zu den Verbänden; aber bei allen findet man diese Gründe hinter allerlei Ausreden versteckt. Es sind ja doch ganz seltene Fälle, wo bei einem Arbeiter die Zukunft sorgenlos glänzt.

Der Grund, daß in unserem Berufe die Kartographen schwer zur Organisation zu bewegen sind, daß sie so ängstlich vor dem »Prinzipal« auf dem Bauche rutschen, liegt darin, weil diese Leute nichts wissen vom draußen wogenden Leben. Die Kartographen sind stehen geblieben in der alten Zeit. Die Unzufriedenheit, die so oft aus diesen Kollegen spricht über die jetzigen Verhältnisse, ist weiter nichts als ein Aergers darüber, daß sie trotz ihrem Hang am Alten doch wider Willen mitgerissen werden von den Wellen der vorwärts strömenden Zeit. Sie empfinden dies als Unbehagen; aber ihr Widerstreben bewirkt nur, daß sie beiseite gespült werden. Die Kartographen wollen nicht das Gesetz anerkennen, daß man mit der Zeit mitgehen muß, ob man will oder nicht. Wer die Zeit erfährt, wie sie erfährt werden muß, dem fällt es auch nicht schwer, vorwärts zu kommen; wer aber dem Strome der Zeit entgegenarbeitet, der wird beiseite gespült, der wird verlassen von allen Vorwärtsschwimmenden. Wunden freilich bleiben beim Vorwärtswegenden auch nicht aus, doch gibt es nie so viele wie beim Widerstreben.

Was ist es denn nun, was die meisten Kartographen noch so widerstreben läßt? Das ist die Angst, es könnte ihnen bei diesem Vorwärtswegenden etwas passieren, was ihnen Gefahr bringen könnte. Manche sagen, das ist Vorsicht! Aber wenn man

aus purer Angst vor irgend etwas die Vorsicht so weit treibt, daß man darunter leidet, daß man sich beiseite drängen läßt von dem Leben, so nennt man das feigen Egoismus. Der Egoismus läßt die meisten Kartographen nicht mit vorwärts streben im wirtschaftlichen Kampfe.

Für dieses Widerstreben kann man noch einen Grund anführen, der aber, wenn erst erkannt, alsbald beseitigt werden kann.

Der Beruf des Kartographen ist noch Handwerk. Die ganze Arbeitsform besteht noch als Handwerk. Die Betriebsmittel liegen noch in der Person. Keine Maschine macht dem Kartographen das Arbeitsfeld streitig. Darum ist der Kartograph auch persönlich noch in keine Berührung mit dem modernen Fabrikbetrieb getreten; er kennt die neue Zeit nicht, es sei denn, daß er sie wo anders studierte. Doch ist es auch wieder eine Unbequemlichkeit, das Studieren! Aus Egoismus und Bequemlichkeit sind die meisten Kartographen rückständig.

Wie kann man dieser Unwissenheit abhelfen? Die Kartographen müssen sich ihrem Verbands und damit der gesamten organisierten werktätigen Bevölkerung anschließen. Dann müssen sie sich über volkswirtschaftliche Dinge aufklären: sie müssen mit den fortgeschrittenen Arbeitern diskutieren über die Erscheinungen im Wirtschaftsleben.

Die Kartographen dürfen nicht glauben: weil ihre Arbeit noch von keiner Maschine gemacht wird, kann ihnen nichts geschehen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise schafft unbedingt Mittel und Wege, um diese Arbeitsmethode und damit diese Arbeiter unter ihr Joch zu beugen. Das beweist die Massenzüchtung von Reserven, wodurch viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht und die guten Löhne ausgemerzt werden.

Nur erst in dem Moment, wo alle Kollegen nicht stattgeben wollen, daß die Löhne noch weiter sinken, wo alle Kollegen mit ihrer Person eintreten gegen die Maßnahmen der Unternehmer, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, ist Aussicht vorhanden, daß die Kartographen nicht beiseite gedrängt werden! Anschluß an die gesamte Kollegenschaft ist ein Hauptfordernis, wenn die Hemmnisse aus dem Wege geräumt werden sollen, die einer Verbesserung unserer Lebenslage entgegenstehen. Ist dieses Ziel erreicht, dann ist die Arbeiterfront geschlossen. Sind die Letzten eingetreten, dann kämpfen wir mit voller Aussicht auf Sieg!

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Das Recht auf Existenz.

(Eine zeitgemäße Betrachtung.)

Unter diesem gangbaren Titel veröffentlicht Herr Emmerich, Direktor der staatlich subventionierten Münchener Lehranstalt für Photographie usw., in der »Photogr. Kunst« einen Artikel, in welchem die Stellungnahme der Chemigraphen zu den Lehranstalten als Ausgangspunkt genommen ist. Den unmittelbaren und durchsichtigen Anlaß hierzu gaben aber einige Ausführungen des Unterzeichneten, getan auf dem 7. Photographentage in Berlin, in deren Verlauf betont wurde, daß in der Münchener Lehr- und Versuchs-Anstalt der Unterricht in der Chemigraphie nicht eingeführt werden könne, sondern verhindert sei durch den Chemigraphentarif. Würde sich Herr Emmerich darauf beschränkt haben, eine etwaige irrthümliche Auffassung meinerseits festzustellen oder zurückzuweisen, dann hätte es mit einer Uebersendung der von der Zentralkommission herausgegebenen Broschüre und einer kurzen Berichtigung an die »Photogr. Kunst« sein Genüge gehabt. Die Unterbenennung des Artikels und die, wie ich nachweisen werde, mehr als naive Auffassungswiese des Herrn Direktors über unsere Organisations- und Tarif-Arbeit, wie auch über unsere Arbeit im Berufe selbst, egt uns die Verpflichtung auf, eine »zeitgemäße Betrachtung« der Arbeit des Herrn Direktors folgen zu lassen, um so mehr, als Herr Emmerich glaubt, den Genossen Karl Kautsky gegen uns und unsere Bestrebungen auszuspielen zu können.

In seinem Artikel nun nimmt selbst Herr Emmerich — wie gleich gesagt sei: mit einem gewissen Rechte — an, daß der Kampf der Chemigraphen gegen die Lehranstalten sich vor allem gegen die privaten und deshalb wilden Lehranstalten richtet. Was Herr Emmerich darüber schreibt, unterstütze ich Wort für Wort. Anders wird die Sache jedoch, wenn er sagt: »Eine andere Auffassung ist also kaum denkbar: Man wollte im Jahre 1903 das wilde Fachschulwesen treffen, dem leistungsfähigen Ueberläuferum Einhalt tun, dem vom Standpunkte der bestehenden Betriebe überflüssigen Etablieren weiterer Anstalten Einhalt tun.«

Gegen eine derart irreführende Behauptung über unser Tarifabkommen muß mit aller Schärfe Verwahrung eingelegt werden. Durch die Tatsachen ist diese ureigene Mutmaßung des Herrn Direktors schon widerlegt. Weder im Protokoll über die Tarifverhandlungen noch im Tarif selbst oder gar im Statut der Unternehmerorganisation ist ein Passus enthalten, welcher eine derartige Meinung rech-

fertigen könnte. Es ist noch nie versucht worden, die Aufnahme von neugegründeten Anstalten in die Tarifgemeinschaft und in die Bundesorganisation der Prinzipale zu verhindern. Nichts hilft ferner als der Versuch, den vorhandenen Unternehmern im Chemigraphiegewerbe eine Monopolstellung zu verschaffen.

Mit den nächstfolgenden Sätzen kommt Herr Emmerich auf die Ursache seines Artikels: »Der Effekt der veranlaßten Maßregel ist aber zum großen Teil ein negativer gewesen. Sicherer getroffen wurde aber das behördlich bewachtigte, von Staatsbehörden betriebene, oder von diesen zum größten Teile unterhaltene deutsche graphische Fachschulwesen.«

Ob dies im allgemeinen zutrifft, wage ich nicht zu entscheiden. Die Hochschule in Charlottenburg unter Professor Miethe, deren Besuch an den Besitz des Zeugnisses zum Einjährig-Freiwilligendienst gebunden ist, wird wohl unberührt von unserer Maßnahme geblieben sein. Staatliche und städtische Fachschulen haben unsere Förderung gefunden, sind sogar mit unserer Beihilfe gegründet worden. Nach Herrn Emmerichs Meinung bleibt mithin nur die unter seiner Leitung stehende Lehranstalt übrig. Diese zu treffen war nicht der Zweck unserer Bestimmung über die aus Lehranstalten Kommenden; hauptsächlich stellten wir uns gegen Zöglinge der wilden, weil privaten Lehranstalten.

Deshalb sind auch die Ausführungen über meine Nichtkenntnis des Werdeganges der Münchener Schule irriger Natur, ebenso aber auch die Äußerungen über meine »mangelnde Achtung vor den bisherigen wissenschaftlichen Leistungen der Fachschulen«.

Zum Beweise dafür noch einige Zeilen aus der im vergangenen Frühjahr veröffentlichten Broschüre: »Dieses und alles andere, was bereits über das Wesen der Chemigraphie angeführt wurde, mußte zu präziser Stellungnahme gegen Lehranstalten drängen, soweit sich dieselben zur Heranzüchtung von Berufsarbeitern herbeiließen. In der Beurteilung solcher wilden Lehranstalten, wie sie Hansen nannte, waren sich beide Tarifkontrahenten einig. Wenn wir uns die Bekämpfung vorgenannter und ähnlicher Anstalten angelegen sein lassen, da so viel Hemmschuh unserer Interessen werden, so ist damit keineswegs gesagt, daß die Organisation überhaupt gegen Lehranstalten Stellung nimmt. Hochschulen, wie die unter Professor Miethe in Charlottenburg, Erde in Wien und die von Direktor Emmerich in München, finden ungeteilte Wertschätzung; wir können da nur bedauern, daß diese Trauben uns zu hoch hängen. Lehranstalten, so weit sie zur Weiterbildung außerhalb der geschäftlichen Lehr- und Arbeitszeit dienen, finden immer unsere Unterstützung, das beweisen die von uns befürworteten Fachschulen für unser Gewerbe. Allerdings müßte darauf hinzuweisen sein, daß derartige Fortbildungsschulen nur für die Angehörigen der betreffenden Gewerbe offen zu halten sind. Diejenigen Lehranstalten dagegen, welche wie Klimsch, Letteverein nach Hoppel-Poppel-Rezepten nicht nur gewerbliche Außenseiter züchten, sondern auch die Heranbildung von Tellarbeitern, wie Retuscheuren, sich angelegen sein lassen, greifen ganz eminent und unmittelbar in das Lehrlingswesen ein.«

Und hierin sind wir sterblich! Es ist einerseits ein Übel, die Charlottenburger Hochschule den Angehörigen des Gewerbes zu verschließen. Andererseits muß aber meine grundlegende Forderung anerkannt werden, daß die Lehranstalten nur dem Zwecke der Weiterbildung dienen dürfen und können.

Denn die Chemigraphie ist ein Gewerbe und wird als solches betrieben. Das ist es, was die Lehrer der photomechanischen Wissenschaft so gerne und zum Schaden der Berufsarbeiter vergessen. Das ist es, was mich veranlaßt, gegen Herrn Emmerich Stellung zu nehmen. Mit aller Offenheit hat er jetzt ausgesprochen, daß es ihm nicht sowohl um wissenschaftliche Bestrebungen als um die Ausbildung von Kräften für den Beruf zu tun ist. Mit allem Unverständnis eines Lehranstalts-Direktors gegenüber den tatsächlichen, den bestehenden Verhältnissen im praktisch betriebenen Gewerbe glaubt Herr Emmerich die Notwendigkeit einer noch zu vermehrenden Ausbildung von Berufskräften nachgewiesen zu haben. Er schreibt: »Welch vernünftiger Grund läßt sich dagegen anführen, daß Lithographen und Steindruckere, die immer mehr infolge des siegreichen Vordringens der Reproduktionstechniken den Boden ihres erlernten Gewerbes schwanken fühlen, sich belzeifeln um ein anderes Brot anschauen? Welcher Grund ist weiter dagegen einzuwenden, daß ein jahrelang als Kopierer, Nachschneider oder Retuscheur beschäftigter Mann nicht seine Lebenslage dadurch zu verbessern suchen darf, daß er $\frac{1}{2}$ Jahre auf eine Lehranstalt geht und sich die Kenntnisse des besser bezahlten Reproduktionsphotographen erwirbt? Wer will dieses Recht auf Existenz beschneiden? Die Organisation versucht dies zu tun.«

In diesen halloosen irrtümlichen Sätzen ist die Stellungnahme des Herrn Direktors gegen uns und unsere Bestrebungen enthalten.

Weiß denn der Herr Direktor nicht, daß sich unter 2077 Chemigraphen allein 433 frühere Lithographen, mehr als 100 Steindrucker, 130 Xylographen befinden, daß Oraveure, Porträtlithographen usw. Aufnahme in der Chemigraphie gefunden haben und finden? In den Jahren 1904—1907 haben 329 Arbeiterkollegen aus anderen, hauptsächlich graphischen Berufen in der Chemigraphie ihr Unter-

kommen gefunden, mit unserer Beihilfe. Das Recht auf Existenz ist und wird nicht bestritten! Verhindert wird nur aus Gründen der Vernunft, daß jeder Berufsangehörige sich der Photographie widmet. Die Neigung hierzu ist an und für sich, wenn ja vorhanden, schon aus gewerkschaftlichen, solidarischen Gefühlen nicht besonders groß. Zudem ist die Arbeit des Photographen im Durchschnitt kaum besser bezahlt als die des Nachschneiders und Retuscheurs. Wenn alle Lithographen, Xylographen, Steindrucker, Nachschneider usw. sich der Photographie zuwenden würden, dann brauchte man doch für diese wieder Ersatzkräfte, die dann nach einiger Zeit auch wieder Photographen werden! O heilige Einfalt!

Nein, Herr Direktor, in Wirklichkeit sind in Deutschland nur über 300 photographische Apparate aufgestellt, wovon nicht einmal alle im Gebrauch sind; dem stehen 255 Photographen und 110 Photographenlehrlinge gegenüber. Das Angebot ist mithin stärker als die Nachfrage. Der Lithograph, Xylograph, Steindrucker kommt deshalb bei der Umschau nach anderem Brote nicht auf den Gedanken, Photograph zu werden. In vielen Fällen steht dem etwaigen Wunsche das materielle Unvermögen im Wege. Als Metall- und Positivretuscheur, als Nachschneider und Drucker sucht und findet man Brot, Herr Direktor! Zu dieser Art Arbeit sind die vorgeannten Graphiker schon prädestiniert. Ein Nachschneider und Kopierer aber kommt kaum auf den Gedanken, wieder innerhalb des Berufes das Tätigkeitsfeld zu wechseln. Durch die Organisation und dadurch, daß an jede Art Arbeit die höchste Anforderung gestellt ist, sind auch die Löhne in den einzelnen Kategorien fast gleich. Ein Nachschneider oder Kopierer würde deshalb als Anfänger in der Photographie geraume Zeit materiell sehr geschädigt sein, da er dann nicht den Lohn erhält wie ein geübter und eingearbeiteter Photograph, der 4 Jahre Lehrzeit hinter sich hat. $\frac{3}{4}$ Jahre Ausbildung in einer Lehranstalt können nicht die Kenntnisse herbeiführen, die ein besser bezahlter Photograph gebraucht; das genügt überhaupt nicht! Eine solche Ausbildung ist gleich dem auch von Herrn Emmerich gebrandmarkten »Loslassen auf das Gewerbe«.

Wie kann man da noch erklären, es sei wenig stichhaltig, »wenn die Chefs der Betriebe ihre Nichtigkeit zu den Lehranstalten mit der Notwendigkeit einer Regelung des Arbeitsmarktes, mit der Fürsorge um die Arbeitslosen begründen.«

Als Beweis führt der Herr Direktor die Statistik des Tarifamtes vom Jahre 1908 an. Die Ergebnisse derselben wirken aber auf Herrn Emmerich anders ein wie auf andere Leute; er zeigt hierdurch, wie fremd er dem Gewerbe gegenübersteht. Denn er sagt: »Durch die Vermehrung der Anstalten, die Verdoppelung der Gehilfenzahl sieht man also, daß dem freien Wettbewerb, der Errichtung weiterer Kunstanstalten schwer entgegenzuwirken ist. Der Gehilfenzuwachs hat sich nicht aus dem Lehrlingsstand herausproduziert. Die Entwicklung in der Chemigraphie hat sich über die Köpfe beider Tarifkontrahenten weg vollzogen und hätte nicht verhindert werden können.« Diese Sätze sind ebenso haltlos wie beweislos. Nie ist auch nur das mindeste versucht worden, was das Niederschreiben solcher Behauptungen rechtfertigen könnte.

Das stärkste Stück leistet sich aber Herr Emmerich in der Verwertung der Arbeitslosenziffer für seine Zwecke, für die Propagierung seiner Lehranstalt! Den 51 Arbeitslosen der 4 Sparten der Photographen, Aetzer, Retuscheure und Nachschneider werden die 67 Neugründungen von Betrieben mit einer Mehrbeanspruchung von 1233 Gehilfen entgegengestellt. In Wirklichkeit verteilen sich die 51 Arbeitslosen der Statistik nur auf 1708 Kollegen. Unsere Gesamtziffer von 2239 Gehilfen schließt die Kupferdrucker, Kopierer, Andrucker und Monteure mit ein, welche auch Arbeitslose zu verzeichnen haben. Durch dieses rechnerische Versehen, an dem die Statistik doch gewiß nicht schuld ist, kommt dann Herr Emmerich leichter in die Lage, im Sperrdruck zu betonen: »Geht die Etablierung neuer Betriebe so weiter, so werden jährlich 234 Gehilfen benötigt, das ist fast die fünffache Zahl der durchschnittlich im Jahre 1908 als arbeitslos Ausgewiesenen. Damit soll gesagt sein, daß tatsächlich großes Bedürfnis an praktisch geschulten Leuten für graphische Betriebe fortwährend besteht.«

Diese direktoriale Legende ist nicht zu verzeihen. Es werden doch nicht bloß Photographen und Aetzer gebraucht! Der Ersatz für das jährliche Mehr von 234 Gehilfen ist ja fortwährend vorhanden. Wir haben nicht 50, sondern selbst bei guter Konjunktur durchschnittlich 60 Arbeitslose, bleiben also noch 174 übrig. Trotz des fortwährenden Mehrbedarfes immer noch arbeitslose Kollegen! Das wird erklärlich, weil jedes Jahr 100 Lehrlinge auslernen und weil sich der Mehrbedarf auf Positiv- und Metallretuscheure, Kopierer, Nachschneider, Drucker und Monteure ausdehnt. Für diese unumgänglich notwendigen Zweige des Chemigraphiegewerbes ist aus den Überzähligen der verwandten graphischen Berufe aus den Gründen, die Herr Emmerich selbst benannte, immer Ersatz vorhanden. Photographen aber brauchen keine Ergänzung durch solche, die $\frac{1}{2}$ Jahre auf eine Lehranstalt gehen, sondern werden selbst durch Arbeitslosigkeit öfters gezwungen, Stellung als Kopierer anzunehmen. Der geringste Teil des Mehrbedarfes entfällt auf die Photographie und die Arbeitslosigkeit der Aetzer vergrößert sich

von Monat zu Monat. Soll da durch Ausbildung in Lehranstalten deren Kontingent noch mehr belastet werden?

Gegenwärtig haben die Chemigraphen 84 Arbeitslose, wovon 26 ausgesteuert sind. Wissen Sie, was das heißt, Herr Direktor, ohne Existenzmittel sich auf dem Arbeitsnachweis von Woche zu Woche vertragen zu lassen?! München allein hatte schon im Sommer 34 arbeitslose Chemigraphen. Jetzt hat Leipzig diese Zahl zu verzeichnen. Die Monate November und Dezember sind noch schlechter, und wieder sind zum größten Teile Aetzer und Photographen die Leidtragenden.

Herr Direktor Emmerich, halten Sie da noch Ihre Ansicht aufrecht, daß unsere Maßregel zur Fürsorge um die Arbeitslosen »wenig stichhaltig sei«?

Sie sagen ferner: »Es müssen ganz andere Gründe gewesen sein, die einen hermetischen Abschluß von Schule und Praxis herbeigeführt haben.« Nun, Herr Direktor, offen gesagt: Zu der Werkstattlehre noch die Lehrwerkstätte zu haben, das wäre zu viel! Schulen, welche sich in der Anlernung von Praktikern betätigen, soll es jetzt nicht geben. Die Schulen sollen dem Zwecke der theoretischen Ausbildung dienen. Dies gilt trotz des Hinweises auf die gewaltig vorwärts drängende »elektrische Wissenschaft und Technik. Auf das Kapitel »Werkstattlehre oder Lehrwerkstätte« komme ich vielleicht später in einem besonderen Artikel noch zurück.

Nun fragt aber Herr Emmerich weiter: ob nicht durch die Vorschriften des Tarifes das freie Persönlichkeitsrecht in einer Weise geschmälert werde, daß dem Geiste unserer politischen Anschauung damit widersprochen ist. Zu diesem Zwecke werden Kautsky und Schönlanck zitiert, unter anderem: »Als eines der wichtigsten obersten Gesetze gilt ihnen das Persönlichkeitsrecht, das der Selbstbestimmung.«

Allerdings, der wäre zu verachten, der dieses Gesetz nicht herbeisehnte, dieses Ziel zu verwirklichen nicht bestrebt wäre! Aber uns damit zu kommen, uns, die wir dieses Recht nirgends haben oder nirgends betätigen können, ist absurd! Um so mehr, als dieser Hinweis auf unsere politische Anschauung wohl nur der Triebfeder des eigenen egoistischen Dranges entspringt, der sich Geltung verschaffen will, sei es selbst auf Kosten der allgemeinen Gehilfenschaft eines Berufes.

Wir, die wir unter der Einschränkung der von Kautsky und Schönlanck in ihrem Werke »Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie« bezeichneten Rechte zu leiden haben, die wir in unserer Selbstbestimmung beinahe in jeder Hinsicht behindert sind, ideell und materiell, beschränken uns aus freiem Willen in dem Berufe, dem wir gerade angehören, auf das Maß von selbstbestimmter Zurückhaltung, das zur gedeihlichen Weiterentwicklung des Gewerbes und zu geordneten Verhältnissen in demselben erforderlich ist.

Wir gaben uns das Tarifgesetz, um durch freiwillige Auflegung gewisser Beschränkungen für uns als Einzelne das Ganze zu fördern. Wichtiger als das biblische Freiheit des schrankenlosen Umsatzens ist für uns, daß die Schulen frei werden, daß statt der Volksschule die Einheitschule gilt und die Wahl des Berufes je nach Veranlagung und Neigung uns möglich ist. Dann, aber erst dann ist die Frage der Berufslehre und der Lehranstalten gelöst!

Als fernerer — und ich muß sagen: nicht als schlechtes — Moment für die Schulen werden noch »Karl Marx' ökonomische Lehren« wie folgt angezogen: »Hier entwickelt Kautsky klar und treffend die schiefe Ebene, auf der die heutige Produktion zunächst zur Kooperation, das heißt zum planmäßigen Zusammenwirken vieler Arbeiter am gleichen Ort zur Erzielung eines bestimmten Resultates geführt hat; er benennt diesen Arbeitstyp den der Manufaktur. Auch für die Chemigraphie trifft diese Grundform der Manufaktur zu, die wie bei der Nadelfabrikation sich abwickelt; der eine Mensch zieht den Draht, der andere streckt ihn, der dritte schneidet ihn in Stücke, der vierte macht die Spitze daran, der fünfte schließt ihn am andern Ende, auf das der Kopf gesetzt wird; den Nadelskopf machen erfordert selbst zwei drei voneinander verschiedene Operationen. Den Kopf auf die Nadel setzen ist ein eigenes Geschäft, die Nadel weiß machen ein anderes.« Es wird weiter aus Kautsky angeführt, wie dadurch der Wert der Arbeitskraft und damit alles andere sinkt und »der Arbeiter selbst körperlich und geistig verkrüppelt wird; seine Arbeit verliert ihren Inhalt, jedes Interesse, er selbst wird ein Zubehör des Kapitals.«

Diese Betrachtungen »eines der klarblickendsten Köpfe aus den eigenen Reihen der Organisierten«, wie Herr Emmerich ganz mit Recht sagt, führen zu folgenden Sätzen: »Unsere graphischen Betriebe sind auf dem schlimmen Wege, die Form der vorbezeichnet beschriebenen Manufaktur restlos anzunehmen, und zwar seltsamerweise mit Billigung und unter Mitarbeit der Gehilfenkreise. Hier hat die Schule und Lehranstalt einzusetzen, die nur der künstlerischen und technischen Hebung des Gewerbes wegen ihre Wirksamkeit entfaltet.«

Herr Emmerich glaubt, dem Kapital ein Paroli bieten zu können, wenn wir durch die Schule das Gesamfach beherrschen lernen. So leicht also sollte das Ei des Kolumbus zu lösen sein! Wahrlich, was sind wir für Stümper! Predigen und betätigen im Berufe, im Verband usw. die Förderung der gewerblichen geistigen und materiellen Interessen der

Mitglieder und erkennen nicht das Grundübel, wenigstens nicht die Ursache, sollen gar noch das selbe billigen!

Hier erkennt man wieder die Tatsachen. Wir protegieren die Teilarbeit nicht, sondern wir tragen dieser Arbeitsart Rechnung, weil wir sie in ihrer Wesenform verstehen. Abgesehen davon, daß es nicht möglich ist, diese heutige Form der Produktionsweise zu beseitigen, weil sie nicht bloß eine solche des Kapitals, sondern der Entwicklung überhaupt ist, würden wir trotz der besten künstlerischen und wissenschaftlichen Ausbildung doch ein Zubehör des Kapitals bleiben. Selbst wenn wir das Kapital uns dienstbar machen könnten, wären wir noch ein Zubehör desselben. Nicht auf die veränderte Form der kapitalistischen Wirtschaftsweise kommt es uns an, sondern die Ueberwindung, die Beseitigung derselben ist unser Programm.

Im übrigen aber ist die Teilarbeit, wie sie in der Chemigraphie Platz gegriffen hat, einfach folgerichtig. Die Arbeit der Retuscheure, Nachschneider, Drucker erfordert Kenntnisse, welche am besten in den betreffenden graphischen Berufen erlernt werden. Nur durch diese Art Teilarbeit ist den in ihren Stammbereufen überzählig Gewordenen die Möglichkeit des Unterschlupfes in der Chemigraphie gegeben. Die Chemigraphie als Gewerbe hat durch dieses Hand in Hand arbeiten, wo an jeden Einzelnen ein Maß von Anforderungen gestellt wird, nur Vorteil gehabt. Während im allgemeinen der gelernte Arbeiter mehr und mehr durch den Ungelernten verdrängt wird, ist es uns gelungen, durch das Lehrlingsystem, durch die von uns geübte Art von Teilarbeit und durch den Tarif dies zu verhindern. Ob wir nach all dem Geschilderten einem schlimmen Debacle (Zusammenbruch) zutreiben, wie Herr Emmerich meint, bezweifeln wir auf Grund unserer beruflichen Erfahrung und auf Grund der während unserer ersten fünfjährigen Tarifgemeinschaft gemachten Wahrnehmungen.

Der Schwung und die Einsicht, die Herr Emmerich an der Arbeiterklasse so rühmend hervorhebt, hat auch uns dahin geführt, von unseren Denkern nicht nur zu lernen, was uns schädlich ist und diesen Schädlichen dann mit Palliativmitteln zu Leibe zu gehen, sondern wir haben vielmehr gelernt, in zielbewußter und zielklarer Arbeit einen Weg zu gehen, der für das Gewerbe und seine Angehörigen gut ist. Das ist unsere feste Zuversicht. Für unsern Teil haben wir deshalb an dem Mittel einer Aussprache zwischen Anstaltsbesitzern, Gehilfen und Lehranstaltsvorständen (anzuschließen wären die privaten, wilden Lehranstalten), kaum was auszusetzen. An unserem Tarife und an unserer Ansicht würde zwar nichts zu ändern sein, wir würden aber die Gelegenheit ergreifen, die staatlichen Lehranstalten in unserem Sinne zu beeinflussen und einen Weg zu finden, der unseren Kollegen den Besuch dieser Anstalten überhaupt besser ermöglicht zu dem Zwecke der theoretischen Weiterbildung.
A. Hehr.

Photographisch. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Portrait-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilh. Hünlein, Berlin N. 28,
Anklamerstr. 27, I. — Telefon Amt III, 5246.

Aus den Sektionen.

Berlin. Die vergangenen Wochen standen im Zeichen des Kampfes um die Sonntagsruhe. Als bekannt darf man die Haltung der Herren Will und Genossen voraussetzen. Diese vergessen ganz die Zeit, wo sie bei bedeutend höheren Löhnen, wie sie jetzt ihren Gehilfen zahlen, in Warenhäusern zum mindesten von 2 Uhr ab frei hatten. Es könnten eine ganze Reihe genannt werden, die als Gehilfen dasselbe verlangten, wie wir jetzt, die aber nunmehr ihren Gehilfenstandpunkt von ehemals zurückverdrängt haben. Unter solchen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß man an das Resultat der von uns veranstalteten Erhebung nicht zu hohe Erwartungen stellen darf. Erklärten doch eine ganze Anzahl — anscheinend durch den photographischen Verein zu Berlin dazu veranlaßt, — daß sie vollständig in der Frage der Sonntagsruhe mit den Gehilfen zusammengehen, leider war aber aus den bekannten Gründen eine gemeinschaftliche Erhebung, die jedenfalls ein umfassenderes Bild gegeben hätte, nicht möglich. Hier wie in der Frage der *Schleuderkonkurrenz* wäre durch gemeinschaftliches Vorgehen für beide Teile eine angemessene Regelung zu erreichen. Doch nun lassen wir das eigentliche Resultat der Erhebung folgen: Von 141 betragten Geschäften (hierunter sind die Inhaber mehrerer Ateliers nur einmal gerechnet) liegen Antworten vor. Davon sind 16 für 12 Uhr, 1 für 1 Uhr, 56 für 2 Uhr, 8 für 4 Uhr, 4 für 5 Uhr, 1 für 6 Uhr-Schluß; für obligatorischen gleichzeitigen Schluß ohne Zeitangabe sind 8 Geschäfte. Der Mehrheit schließen sich 2 Geschäfte an. Simmenthalhaltung übten 7 Firmen, und 5 Ateliereinhaber verweigerten ihre Unterschrift. 31 Firmen, darunter auch eine Anzahl Massengeschäfte, die jetzt das Gesetz in bekannter Weise umgehen, möchten unter den jetzigen unhaltbaren Zuständen weiterarbeiten. Die Firmen Jandorf und Wertheim gaben dahin Bescheid, daß für sie die Beantwortung der Frage-

bogen nicht in Betracht käme, da sie ohnedies an Sonntagen ihre Geschäftsräume geschlossen hätten. Wenn man außerdem die in fabrikmäßigen Betrieben in der Photographie beschäftigten Angestellten zu denen der beiden Firmen Jandorf und Wertheim hinzurechnet, so kann man sagen, daß über die Mehrzahl derselben die vollständige Sonntagsruhe schon haben. Was wollen Sie denn! werden eine ganze Anzahl Prinzipale ausrufen. Nun, wir wollen nicht zweierlei Recht, sondern eine obligatorische Sonntagsruhe für alle Kollegen. Man wird uns wohl sonst keinen Beruf nennen können, in welchem so verschiedene Sonntagsarbeitszeiten trotz gesetzlicher Bestimmungen vorkommen. Kein sozialpolitisch verständiger Mensch wird dies notwendig finden. Hoffentlich wagt sich nun der Photographische Verein bald mit seiner Erhebung an die Öffentlichkeit, damit wir ersehen können, wie die Wünsche der Arbeitgeber sind. Eines hat die Erhebung gezeigt, nämlich daß die Bewegung zugunsten des früheren Sonntagsschlusses unbedingt im Wachsen ist, und die Polizeibehörde wird nicht umhin können, eine amtliche Abstimmung vorzunehmen.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.

Offizielle Publikationsrubrik des „Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.“
Vors. u. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstr. 26. Kass. F. Brinkmann, Rixdorf, Jonastr. 3.

Der Außenhandel in Tapeten und Linoleum.

Ueber den deutschen Außenhandel in Tapeten und Linoleum sind jetzt einige beachtenswerte Zahlen bekannt gegeben worden. Danach hat sich das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr in den letzten acht Jahren ganz wesentlich zugunsten der deutschen Industrie verschoben, wie die folgende Gegenüberstellung zeigt:

a) Tapeten:		Ausfuhr:	
Dopp.-Ztr.: Wert in Mk.:			
1900	4036	565000	59478
1907	3256	420000	139756
b) Linoleum:		Ausfuhr:	
Dopp.-Ztr.: Wert in Mk.:			
1900	9821	593000	33090
1907	751	44000	125871

Während die Einfuhr von Tapeten seit 1900 um rund 20 Proz. zurückging, ist die Ausfuhr um rund 130 Proz. gestiegen. Die Preise blieben hier dieselben, 7 $\frac{1}{2}$ Mk. für den Doppelzentner. Für Linoleum dagegen differieren die Preise: in den zwei angeführten Jahren um 15 Proz.; sie betragen 1900 zirka 6 Mk., 1907 rund 6,90 Mk. für den Doppelzentner. Ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Betracht kommenden Arbeiter auch um 15 Proz. gestiegen sind in dieser Zeit, das möchte ich bezweifeln.

Ueberhaupt ist beim Linoleum eine günstigere Entwicklung zu verzeichnen, als innerhalb der Tapetenindustrie. Die Einfuhr verhielt sich zur Ausfuhr im Jahre 1900 bei Tapeten wie 1 zu 15, bei Linoleum wie 1 zu 3 $\frac{1}{2}$. 1907 war das Verhältnis bei Tapeten wie 1 zu 43, bei Linoleum wie 1 zu 167. Das heißt, es wurde 1907 43 mal soviel Tapete und 167 mal soviel Linoleum an das Ausland geliefert, wie das Ausland an Deutschland lieferte.

Von dieser geradezu glänzenden Entwicklung der deutschen Tapeten- und Linoleumindustrie haben die Arbeiter dieser Industrien sehr wenig oder nichts bekommen. Dazu sind sie nicht genügend organisiert und nicht einig genug gewesen in ihrem Vorgehen. Die Riesengewinne sind in die Taschen weniger Kapitalisten gewandert. Trotzdem ist es zweifellos ein stolzer Aufschwung, den auch unsere Industrie genommen hat. Um so mehr ist es zu bedauern, wenn jetzt durch äußere Umstände die Entwicklung, wenigstens im Tempo, bedroht scheint. Viel Schuld tragen hierbei u. a. die neuen Zölle und die darauf aufgebauten Handelsverträge.

„Eine der unangenehmsten Folgen der neudeutschen Zollpolitik, mit der Festlegung aggressiv hoher Zölle auf Erzeugnisse der Agrarkultur, ist die Teuerung der Lebensmittel. Eine Teuerung, die die Kaufkraft des Geldes ganz erheblich herabgemindert hat, so stark, daß die eingetretenen Lohnerhöhungen kaum ausreichen, die Preisaufschläge auszugleichen. Eine weitere Folge war die Erschwerung der deutschen Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt. Das Ausland revanchierte sich für die Heraussetzung unserer Agrarzölle, indem es die Eingangszölle auf deutsche Industrieerzeugnisse heraufsetzte. Um dem zu entgegen, legten deutsche Kapitalisten vielfach im Auslande Fabriken an. Und wie aus bestimmter Quelle verlautet, so schreibt die „Tapetenzeitung“, hat ein deutsches Konsortium die Absicht, in Wien eine neue Tapetenfabrik größeren Stils zu errichten. Unterhandlungen betreffend geeigneter Räumlichkeiten sind bereits eingeleitet. Mit der Fabrikation soll möglichst schon im April 1909 begonnen werden. Es ist besonders auch der Export nach den süd-europäischen Ländern vorgesehen.“

So wirken in Deutschland eine Reihe Faktoren zusammen zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Nicht nur die Krise lastet auf uns, sondern auch der furchtbare Druck sehr hoher Lebensmittelpreise. Diese wirken bei Arbeitslosigkeit und Lohnverminderung doppelt und dreifach schmerzhaft. Zu all diesem treten noch Einflüsse der äußeren Politik, welche das Wirtschaftsleben beunruhigen, wie die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“ u. s. w. zeigen. Als bester Schutz gegen die Folgen der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist immer und immer wieder der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation zu empfehlen. †

Aus den Sektionen.

Köln. In einer gemeinsamen Versammlung von Lithographen und Formstechern sprach Kollege Sillier-Berlin über das Thema: „Was haben wir von der Zukunft zu erwarten?“ Der Versammlungsbesuch seitens der Formstecher muß als überaus beschämend bezeichnet werden, glänzte doch sogar eine Anzahl organisierter Kollegen durch Abwesenheit. Anscheinend geht es diesen so gut, daß sie sich über das, was die Zukunft eventuell bringt, keine besonderen Gedanken zu machen brauchen. In Wirklichkeit ist die Berufslage derart, daß auch die Formstecher alle Ursache hätten, sich aufzurufen, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Der Redner behandelte zunächst die Frage, warum es für die Formstecher notwendig und nützlich war, sich einer größeren Organisation anzuschließen. Gegenüber dem sich immer fester zusammenschließenden Unternehmertum, welches nicht nur innerhalb eines Berufes sich organisiert, sondern sich zu großen und machtvollen Industrieverbänden zusammenschließen, sei es auch für die Arbeiter eine Notwendigkeit geworden, diesem Beispiele zu folgen. Durch die Verschmelzung verwandter Berufsverbände werden wirtschaftliche Kämpfe, die ein Beruf zu führen gezwungen sei, leichter und wirksamer werden, da dann die Solidarität und Unterstützung eine viel bessere sein kann, als es bisher der Fall war. Aus dieser Erkenntnis heraus ist es zu begrüßen, daß auch die Formstecher und Photographen den Anschluß beschlossen haben. Im nächsten Jahre werden auch wohl die Xylographen und Notenstecher übertreten, so daß dann alle graphischen Berufe in einem Verband vereinigt sind. Aber auch hier dürfte man noch nicht stehen bleiben, sondern man müßte noch weiter gehen und in Zukunft eine Verbindung mit den Buchdruckern und Buchbindern, graphischen Hilfsarbeitern usw. suchen, um so einen ca. 120000 Arbeiter umfassenden Industrieverband zu schaffen, welcher allen Angriffen des Unternehmertums gewachsen wäre. In einem derartigen Verbands müßten natürlich alle Berufsfragen gesondert behandelt werden, wie das auch bei dem Verband der Lithographen usw. durch Sektions-einteilung gehandhabt würde. Früher sei darin wohl manche übersehen, was hoffentlich jetzt nicht mehr vorkommen werde. Wenn nun ein Verband seinen gestellten Aufgaben gerecht werden wolle, so bedürfte er dazu der tatkräftigen Mitarbeit jedes Einzelnen. Fleißigen Versammlungsbesuch und Lesen einschlägiger Literatur sowie Orientieren über alle Vorgänge und Zusammenhänge des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens müßte Selbstaufgabe eines jeden Kollegen sein, um sich zum denkenden und urteilenden Arbeiter heranzubilden. — Kollege Sillier besprach dann weiter das Programm und die Tätigkeit des Verbandes der Industriellen. Er schilderte, welchen großen Einfluß diese Herren im Verein mit den Agrariern auf die Regierung und Gesetzgebung haben. Die Stellungnahme dieses Verbandes zu der Sozialgesetzgebung usw. wurde an Hand des Programms gekennzeichnet. Auch Tarifabschlüsse bezeichnet dieser Verein als verderblich für den Weltmarkt, da sie den Export erschweren. Aus diesem großen Einfluß, den dieser Verein auf die Gesetzgebung habe, erwachse aber auch für den Arbeiter die Pflicht, sich politisch zu betätigen, denn was nütze es dem Arbeiter, wenn er seinen durch die Gewerkschaft errungenen höheren Lohn auf der anderen Seite für durch Zölle usw. verteuerte Lebensbedürfnisse wieder hergeben müsse. Auch habe man es auf Unternehmenseite nur mit einer Organisation zu tun, während bei den Arbeitern durch die Religion künstlich eine Scheidewand errichtet wird, zum größten Schaden der Arbeiterklasse selbst. Der Referent besprach noch die Unterstützungseinrichtungen. Der Beitrag werde von mancher Seite als zu hoch bezeichnet. Wenn man die Unterstützungen des Formstecherverbandes mit denen der Lithographen vergleiche, so zahlte die Formstecher im Verhältnis zu den Leistungen weniger als bisher. Diese Unterstützungen seien wohl das Bindeglied, welches die Mitglieder an die Organisation fesseln soll, aber darüber dürfe man nicht den gewerkschaftlichen Gedanken vergessen, die Hebung und Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wenn in diesem Sinne jeder Einzelne seine Pflicht tut, dann wird auch dieser Anschluß nur zum Segen aller Beteiligten ausfallen. Nach einigen weiteren Ausführungen des Kollegen Bauknecht wurde die Versammlung geschlossen.